

*Stellungnahme des Club Helvétique zur Abstimmung vom 30. November 2014 über die Ecopop-Initiative*

Zürich/Basel, 23. Oktober 2014

## **Ecopop: Nein!**

Am 30. November 2014 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Ecopop-Initiative ab. Diese will die Zuwanderung radikal beschränken, auf lediglich 0,2 Prozent der Wohnbevölkerung, d.h. zur Zeit ca. 16'000 Personen pro Jahr.

Der Club Helvétique lehnt diese Initiative entschieden ab. Sie löst keine Umweltprobleme, würde aber Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft grossen Schaden zufügen. Die Übernutzung unserer natürlichen Ressourcen geht zum grössten Teil auf die in den letzten Jahrzehnten massiv gewachsenen materiellen Ansprüche der gesamten hier ansässigen Bevölkerung zurück, sie sind also weitgehend hausgemacht. So hat zum Beispiel der Wohnraum pro Person in den letzten 30 Jahren um 41% zugenommen. Die in der Schweiz pro Jahr zurückgelegten Personenkilometer haben sich seit 1980 verdoppelt. Die Zunahme der Bevölkerung durch Geburtenüberschuss und Zuwanderung betrug im gleichen Zeitraum aber lediglich 22%.

Umgekehrt könnten bei einer Annahme der Initiative die Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU nicht mehr aufrecht erhalten werden. Dies in einer Situation, in der die EU der mit grossem Abstand wichtigste Handelspartner ist, in der wir 80% unserer Energie und 50% unserer Nahrungsmittel aus dem Ausland einführen, in der die Wissenschaft und die Ausbildung der jungen Generation ganz wesentlich vom lebendigen und aktiven Austausch mit ausländischen Institutionen abhängen.

Gerade ein sehr kleines Land wie die Schweiz ist auf offene Märkte und entsprechend offene Grenzen auf allen Gebieten existentiell angewiesen. Die Zuwanderung ist eine Konsequenz unseres grossen wirtschaftlichen Erfolgs und damit einer Standortattraktivität, die wir uns selbst geschaffen haben. Sie mit rigorosen Zuwanderungsbeschränkungen à la Ecopop wieder rückgängig zu machen, hiesse, die Zukunftschancen der jungen Generation massiv zu beeinträchtigen und sie auf eine Verliererbahn zu schicken.

Die Probleme der Übernutzung unserer Ressourcen und der hohen Zuwanderung sind mit andern Methoden zu lösen: Die beschlossenen Gesetze auf den Gebieten Umwelt, Landschaftsschutz, Siedlungspolitik, Energie und Verkehr sind konsequent umzusetzen und dort wo nötig strenger auszugestalten. Bauen wir mit wesentlich höherer Verdichtung sowie viel stärker in die Höhe und in die Tiefe, so haben viel

mehr Menschen bei uns Platz, ohne dass weiter soviel Landschaft und Natur zerstört wird. Sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, so finden die ca. 250'000 Frauen eine Stelle, die gerne wieder oder mehr arbeiten möchten. Erhöhen wir die Chancen der älteren Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt und investieren wir noch mehr in die Aus- und Weiterbildung der jüngeren Generationen, so müssen wir längst nicht so viele Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren, wie das im Moment der Fall ist.

Die Ecopop-Initiative löst keine Probleme, sondern bekämpft Symptome und schafft bedeutende neue Probleme. Sie macht Ausländerinnen und Ausländer für Phänomene verantwortlich, die wir Schweizerinnen und Schweizer geschaffen haben. Es sind auch wir, die Schweizerinnen und Schweizer, die die Probleme, welche die Initiative anvisiert, mit andern, konstruktiven Massnahmen zu lösen vermögen.

Die ausführliche Stellungnahme des Club Helvétique zu den Einwanderungs-Initiativen sowie mögliche Alternativen findet sich unter dem Titel *Ausländerbeschränkung ist Symptombekämpfung* auf [www.clubhelvetique.ch](http://www.clubhelvetique.ch) oder hier als Anhang ab Seite 3.

**Für Rückfragen und zusätzliche Informationen:**

Hans-Peter Fricker, Tel. 078 850 19 49 / [hpfricker@gmail.com](mailto:hpfricker@gmail.com)

Georg Kreis, Tel. 079 886 06 72 / [georg.kreis@unibas.ch](mailto:georg.kreis@unibas.ch)

## Ausländerbeschränkung ist Symptombekämpfung

**Alternativen zur den Einwanderungs-Initiativen** (publiziert am 1.8.2013)

### 1. Das Problem

Die *ständige Wohnbevölkerung* in der Schweiz hat in den Jahren 2008-2012 jährlich um durchschnittlich 1,1% zugenommen. Wichtigste Treiber dafür waren der Geburtenüberschuss (ca.  $\frac{1}{4}$ ) und die Zuwanderung aus dem Ausland (ungefähr  $\frac{3}{4}$ ).

Ebenfalls erheblich zugenommen hat in den letzten Jahren der ökologische Fussabdruck der Schweiz, d.h. die Quantität an natürlichen Ressourcen (Boden, Energie usw.), welche die Bevölkerung zum Bestreiten ihres Lebensstils verbraucht. Er beträgt laut dem letzten „Living Planet Report 2012“ des WWF (Autor: Global Footprint Network) zur Zeit *2,8 Planeten*. Dies heisst: Würde die ganze derzeitige Welt-Bevölkerung so viele natürliche Ressourcen verbrauchen wie die 8 Mio. Personen, die in der Schweiz leben, so bräuchte dies die Reproduktionskraft von 2,8 mal dessen, was die Erde heute in einem Jahr zu produzieren vermag.

Das Wort *Dichtestress* ist zwar zu einem Modewort geworden. Tatsächlich aber erleben mehr und mehr Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz die Schattenseiten des wachsenden Wohlstands immer stärker. Dagegen formiert sich zunehmend Widerstand.

Konkret dürfte dies unter anderem mit der folgenden Entwicklung zu tun haben:

Seit 1980 hat in der Schweiz

- die Bevölkerung dank Geburtenüberschuss, Alterung und Zuwanderung um 26% zugenommen
- haben die Privathaushalte um 39% zugenommen
- haben die Konsumausgaben pro Kopf um ca. 25% zugenommen
- haben die Personenkilometer um 100% zugenommen (von 60 Mio km auf 120 Mio km).  $\frac{3}{4}$  davon macht der Privatverkehr aus
- hat sich die Anzahl der Pendler/innen ebenfalls ungefähr verdoppelt
- hat der bebaute Flächenbedarf pro Kopf um  $\frac{1}{3}$  zugenommen, von durchschnittlich 34m<sup>2</sup> auf 50 m<sup>2</sup>
- hat die Siedlungsfläche insgesamt um 25% zugenommen. Derzeit wird nach wie vor pro Sekunde 1 m<sup>2</sup>, d.h. täglich ca. die Fläche des Rütli, verbaut
- die Zerschneidung der Landschaft um 35% zugenommen.

(Quelle: Umweltstatistiken Schweiz 2010-2012 der Bundesämter für Statistik BFS und für Umwelt BAFU)

So ist es nicht erstaunlich, dass umfangreiche Untersuchungen zur Zersiedlung in der Schweiz von Christian Schwick und Jochen Jäger (referiert im NZZ Folio vom Januar 2012) zum Schluss kamen, dass

- 70% des Siedlungswachstums auf wachsende Platzansprüche
- 20% auf das Bevölkerungswachstum und
- 10% auf Fehlplanung und Ineffizienz

zurückzuführen sind.

Mit andern Worten:

**Das Problem der Übernutzung unserer Ressourcen resultiert nicht primär aus der Zuwanderung, sondern aus den zunehmenden materiellen Ansprüchen der hier ansässigen Bevölkerung und aus der mangelnden Effizienz bei der Nutzung der vorhandenen Güter (vor allem der Energie).**

## 2. Mögliche Massnahmen

Wir befinden uns aktuell *nicht in einer Notfall-Situation*, sondern können unaufgeregt und nüchtern eine Diskussion über den künftig wünschbaren Kurs führen. Aber diese Diskussion müssen wir tatsächlich offen und pro-aktiv führen, nicht immer erst unter dem Druck radikaler Initiativen.

Wünschbar ist zudem die Initiierung einer breiten öffentlichen Diskussion und neuer, grösserer Forschungsanstrengungen zum Thema *Suffizienz*: Wie können unsere Volkswirtschaft, aber auch die einzelnen Betriebe, gesund und leistungsfähig bleiben, ohne dass sie auf ständiges quantitatives Wachstum angewiesen sind?

### a) Massnahmen im Bereich Bewusstseinsbildung:

- Es ist in Erinnerung zu rufen, dass Migration und Zuwanderung ein Teil der modernen Realität und eine Folge der Globalisierung sind, die sich nur mit einer komplett isolationistischen Politik beseitigen liessen
- Schon die Ausländer-Beschränkungs-Initiativen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Ausdruck eines generellen Unbehagens über den raschen Wandel der Lebensumstände. Mit der Beschränkung der Zuwanderung versuchte man sich internationale Entwicklungen vom Halse zu halten, denen die Schweiz unweigerlich ausgeliefert war
- Von der zunehmenden Europäisierung und Globalisierung profitieren wir

alle; die Wirtschaft zum Beispiel verdient jeden zweiten Franken im Ausland

- Die hiesige Wirtschaft profitiert vom Know-how zugewanderter, im Ausland ausgebildeter Spezialistinnen und Spezialisten
- Bildung und Forschung sind - sowohl auf der individuellen wie auf der institutionellen Ebene, sowohl im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich - ganz auf einen intensiven internationalen Austausch angewiesen
- Unser Sozialwesen könnte viele notwendige Leistungen ohne Zuwanderung nicht erbringen, siehe z.B. Spitäler, Alters- und Pflegeheime usw.
- Die Betreuungs- und Hausarbeit in Privathaushalten leisten zu einem nicht zu unterschätzenden Teil Frauen ohne Aufenthaltsbewilligung, so genannte „Sans Papiers“, deren Status geregelt werden sollte, da sie weitgehend ohne Schutz vor Missbrauch zur Schweizer Wohlfahrt beitragen
- Internationaler Austausch bereichert unser künstlerisches und kulturelles Leben auf allen Stufen, gerade auch in der Volkskultur (vgl. z.B. die Veränderung unserer Essgewohnheiten, aber auch die Beliebtheit von Anlässen wie das Afro-Pfingsten-Festival in Winterthur)
- Die beiden Initiativen tangieren zwingende Bestimmungen des Völkerrechts. So wäre zum Beispiel die Einhaltung des absolut geltenden Non-Refoulement-Prinzips nicht mehr gewährleistet. Die von der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative vorgesehenen Höchstzahlen und Kontingente gelten ausdrücklich auch für das Asylwesen
- Die Bilateralen Verträge mit der EU könnten bei einer Annahme der beiden Initiativen nicht aufrecht erhalten werden, was einem signifikanten Teil der Schweizer Wirtschaft grossen Schaden zufügen würde. Zudem lassen sich diese Verträge nicht beliebig neu verhandeln.
- Wie dicht oder wie locker wir zusammenleben, ist eine Frage der subjektiven Wahrnehmung: die Stadt London mit ihren 8 Mio. Einwohnern (= die Schweiz) hat eine Fläche, die kleiner ist als die des Kantons Zürich; die 2 Mio. Einwohner von Manhattan, New York, haben allein im Limmattal des Kantons Zürich Platz; die inneren Bezirke von Tokyo mit ihren 8 Mio. Einwohnern nehmen etwa die Fläche des Kantons Glarus ein
- Geht die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz im bisherigen Tempo weiter, so erreichen wir etwa im Jahr 2030 9 Mio. Prof. Kneschaurek von der Universität St. Gallen befasste sich in den sechziger Jahren mit der Vision einer Schweiz mit 10 Mio. Einwohner/innen. Die aktuell ausgeschiedenen Baulandreserven würden sogar dafür ausreichen.

## **b) Massnahmen im staatlichen Bereich:**

- Konsequente Umsetzung der in Verfassung, Gesetzen und Verordnungen bereits beschlossenen Regelungen auf allen drei Staatsstufen auf den Gebieten Umwelt, Landschaftsschutz, Siedlungspolitik, Verkehr, Energie. Heribert Rausch, Prof. em. der Universität Zürich, hat in einer Untersuchung ermittelt, dass auf dem Gebiet Umwelt- und Naturschutz die grössten Vollzugsdefizite von allen Politik-Bereichen bestehen dürften. Die Bemühungen, eine konsequente Umsetzung der 2012 beschlossenen Zweitwohnungs-Initiative zu verhindern, sind nicht nur in gewissen Kantonen, sondern selbst in zuständigen parlamentarischen Kommissionen zur Zeit eine Tatsache. Dies ist nicht nur generell staatspolitisch bedenklich, sondern fördert die Denkkzettelmentalität, die sich später in der Zustimmung zu fragwürdigen, extremen Initiativen Luft macht.
- Verbindlichere Aufsicht des Bundes über den Vollzug der Massnahmen, für welche die Kantone verantwortlich sind. Der Kanton Wallis hat sich erlaubt, die Restwasservorschriften aus dem im Jahr 1993 vom Volk deutlich gutgeheissenen Gewässerschutzgesetz bis jetzt kaum umzusetzen. Das zuständige eidg. Departement, das UVEK, hat ihn bis jetzt nur brieflich ermahnt
- Grossflächigere Raumplanung als bisher, ermöglicht auch über eine wesentlich bessere Zusammenarbeit oder besser Fusion von Gemeinden und Kantonen
- Klarere und konsequentere Ausscheidung von Zonen: Wo wird bewusst und möglichst effizient gebaut? Wo wird konsequent nicht gebaut? Wie können verschiedene Gebiete bewusster miteinander verbunden werden? Regionalpolitik, für die sehr viel Bundes-Geld ausgegeben wird, kann heute nicht mehr heissen, das ganze Alpengebiet mit städtischen Infrastrukturen zu überziehen.
- Bauvorschriften erlassen, die höheres und wesentlich tieferes Bauen ermöglichen oder sogar fördern
- Verkehrsinfrastrukturen nicht einzig auf die Spitzen-Belastungs-Momente ausrichten (Bsp. zweite Gotthardröhre), sondern die gegebene Infrastruktur mittels flächendeckendem Mobility-Pricing effizienter nutzen
- Abkehr von der Vorstellung, die Verkehrsangebote müssten einen immer schnelleren Verkehr ermöglichen (die Leute pendeln gemäss Zeitaufwand, nicht gemäss Kilometer-Abstand)
- Kosten-Wahrheit und stärkere Beachtung des Verursacherprinzips im Verkehr: konsequente Internalisierung der externen Kosten bei allen Verkehrsträgern, Einführung eines umfassenden Mobility-Pricing im Strassenverkehr; neue, differenziertere Tarifsysteime im Öffentlichen Verkehr (Der Privatverkehr wird immer einen Teil des ÖV mitfinanzieren)

müssen, wenn der Steuerzahler nicht allzu sehr belastet werden soll. Preiserhöhungen sind aber auch im ÖV gerechtfertigt, die Mobilität ist zur Zeit generell zu billig.)

- Wo nötig staatliche Anreizsysteme in Form von (staatsquoten-neutralen) Lenkungsabgaben zur Senkung des ökologischen Fussabdrucks einführen Dies hat z.B. im Bereich Heizöl in den letzten Jahren zu wesentlichen Einsparungen geführt, wogegen der Benzinverbrauch gleichzeitig explodierte.
- Abbau falscher staatlicher Anreize, welche unerwünschtes Verhalten fördern, z.B. die vielerorts unbeschränkt abzugsfähigen Pendler-Kilometer in den Steuersystemen (die Eidg. Räte machten in der Sommersession 2013 im Rahmen von FABI einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung auf der Ebene Bundessteuer)
- Konsequenterer Kampf gegen Lärm-Immissionen. Mehr als 1 Mio. Einwohner/innen leiden täglich an Lärm, der über den erlaubten Grenzwerten liegt.
- Abwehr aller neuen Vorstösse zur Aufweichung des bestehenden Natur-, Landschafts- und Heimatschutzes, wie das zur Zeit unter dem Vorwand der „Energiewende“ immer wieder geschieht (vgl. z.B. die parlamentarische Initiative von SR Eder/FDP/Zug zur Relativierung der Bedeutung der Eidg. Natur- und Heimatschutz-Kommission und damit der sog. BLN-Schutzgebiete, welcher die Unterstützung der beiden zuständigen parlamentarischen Kommissionen erhalten hat)
- Förderung von Aus- und Weiterbildung für bildungsferne Schichten zur weiteren Reduktion der Arbeitslosigkeit im Inland
- Abschaffung der Steuervorteile für ausländische Firmen und reiche ausländische Privatpersonen
- Stärkere Limitierung des inner-schweizerischen Steuerwettbewerbs

### **c) Massnahmen im Bereich der Privat-Wirtschaft und der Verwaltung**

- Abbau von unproduktiven und teilweise unproduktiven Stellen
- Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Frauen und Männern in allen Branchen und auf allen Hierarchie-Stufen
- Bekämpfung von Lohn-Dumping auf allen Stufen, da dieses die hiesige Arbeitslosigkeit und den hiesigen Wettbewerb um Arbeitsplätze zugunsten einer erhöhten Zuwanderung fördert
- Entwicklung neuer Modelle für die Gestaltung der letzten bzw. der zwei letzten Phasen einer Berufslaufbahn. Arbeitnehmer/innen können in vielen Fällen weit über das 60. und auch über das 65. Lebensjahr hinaus wertvolle Dienste leisten, aber nicht zu Bedingungen wie zwischen 30 und

60: Teilzeit, neue Funktionen, neue Einsatzmodelle, Mobilität zwischen verschiedenen Arbeitgebern usw.

- Abschaffung der Diskriminierung der über 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitgeber und ein Teil der Politik verlangen aus demographischen Gründen ein höheres Rentenalter. 50-Jährige + haben bei Notwendigkeit oder beim Wunsch auf Wechsel zunehmend Mühe, eine neue Stelle zu finden
- Ausarbeitung, zusammen mit den Behörden, neuer Modelle für die Gestaltung der 2. Säule: Beiträge am Schluss der Laufbahn dürfen nicht höher sein als zuvor u.a.m.
- Differenzierterer Umgang mit der in vielen Regionen betriebenen und von der Öffentlichkeit oft massgeblich mitfinanzierten Förderung der „Standortattraktivität“: Abbau einseitig quantitativ orientierter Massnahmen und der damit einhergehenden Konkurrenz unter den Kantonen und Regionen, Stärkung der qualitativ orientierten Massnahmen, welche auch der bereits in einer Region ansässigen Bevölkerung dienen.

### **Hinweis**

Unter [www.metropolitanraum-zuerich.ch](http://www.metropolitanraum-zuerich.ch) findet sich ein substantieller, ca. 80-seitiger Fachbericht *Immigration und Bevölkerungswachstum im Metropolitanraum Zürich*. Er macht zahlreiche Aussagen, die auch für viele andere schweizerische Regionen Gültigkeit haben.